

Polizei kontrolliert Flixbusse verstärkt

Gesuchte Straftäter sind mehrfach mit Fernbussen über die Grenzen gereist. Die Behörden passen ihre Strategie an. Anbieter Flixbus möchte mehr Polizeipräsenz. **Andreas Schmid**

Am 8. April haben schwer bewaffnete Polizisten nahe Bern einen von Freiburg herkommenden Fernbus gestoppt. Die Aktion erfolgte, weil das Bundesamt für Polizei (Fedpol) einen Hinweis der italienischen Behörden weitergeleitet hatte, wonach ein gesuchter Straftäter in einem Flixbus in der Schweiz unterwegs sei. Beim Car-Terminal in Bern kontrollierten die Polizisten die Buspassagiere und durchsuchten das Fahrzeug. Den Gesuchten fanden sie aber nicht. Er wurde laut Fedpol-Sprecherin Lulzana Musliu später in den Niederlanden aufgegriffen und verhaftet.

Dass gesuchte Verbrecher Fernbusse für die Fahrt über Landesgrenzen benutzen, wurde bereits im Fall des Attentäters, der im letzten Dezember in Berlin mit einem Lastwagen zwölf Menschen getötet hatte, zum Thema. Damals wurde publik, dass der Terrorist letztes Jahr in Deutschland einen Flixbus Richtung Schweiz hatte besteigen wollen, jedoch von der Polizei gestoppt worden war. In Fernbussen sind in Deutschland in jüngerer Zeit zudem weitere zur Fahndung ausgeschriebene Personen aufgegriffen worden.

Das dichte Strecken- und Fahrplan-Netz und die günstigen Preise machen diese Form von Reisen immer beliebter. Auf der anderen Seite müssen die Polizeikorps einen erheblichen Zusatzaufwand betreiben, um Personenkontrollen in Bussen vorzunehmen. Das Vorgehen sei vergleichbar mit jenem in internationalen Zügen, sagt Stefan Oberlin, Sprecher der Kantonspolizei Zürich. «Den Trend zu mehr Fernbusreisen haben wir erkannt und die Kontrollen verstärkt. Dabei werden die

Reisenden und ihr Gepäck überprüft», hält Oberlin fest.

Anbieter Flixbus betont, die Polizei führe regelmässig Personenkontrollen an Bord von Fernbussen durch. «Unsere Fahrerinnen und Fahrer sind dazu angehalten», sich kooperativ zu verhalten, sagt Flixbus-Sprecher Martin Mangiapia. Ein Problem im grenzüberschreitenden Verkehr räumt er ein, obwohl die Passagiere einen Ausweis mit sich zu führen haben: «Die Gültigkeit und Echtheit des Dokuments kann von uns als Unternehmen oder dem Fahrer nicht überprüft werden.» Zur Lösung des Problems fordert Mangiapia «eine vermehrte Präsenz der Behörden an den Fernbus-Haltestellen, so wie es an Bahnhöfen oder Flughäfen üblich ist». Der Flixbus-Sprecher betont aber auch, dass nur ein verschwindend kleiner Anteil der Passagiere bei Kontrollen auffällig sei.

Der internationale Busverkehr mit dem immer dichteren Netz stelle für die Polizeikorps eine zusätzliche Herausforderung dar, sagt Fedpol-Sprecherin Lulzana Musliu. Darauf reagiere man, indem diese Entwicklung in die Strategie zu Personenkontrollen einbezogen werde. «Wir tauschen uns diesbezüglich mit den Kantonspolizeien aus», hält Musliu fest. Weil man - wie in Zügen und bei Personenwagen auch - jederzeit Kontrollen vornehmen könne, seien die Flixbusse kein Verkehrsmittel, mit dem man sich unbeaufsichtigt fortbewegen könne. «Es ist lediglich ein neues Angebot, das vereinzelt auch mit schlechten Absichten genutzt wird», betont Musliu.

Keine speziellen Massnahmen zur Kontrolle von Fernbusreisenden sieht die Kantonspolizei Basel-Stadt vor, wie ein Sprecher verlauten lässt. Aus einsatztaktischen Gründen gibt das Grenz-wachtkorps keine Details zu seiner Kontrolltätigkeit bekannt. Diese richte sich nach Risiko und Lage und betreffe auch Fernbusse, sagt ein Sprecher.



Reisende besteigen in Zürich einen Flixbus. (8. Dezember 2016)



Der katholische Malteserorden (hier bei einem Auftritt im Vatikan): Für wen sind die 120 Millionen Franken bestimmt? (9. Februar 2013)

Genfer Staatsanwaltschaft blockiert 120 Millionen Franken

Der Machtkampf im Malteserorden führt zu einem Strafverfahren gegen die Verwalterin eines katholischen Trusts

Die Staatsanwaltschaft Genf hat einen Trust mit 120 Millionen Franken blockiert. Hintergrund des Falls ist ein Machtkampf im katholischen Malteserorden. **Lukas Häuptli**

Der Trust hat einen nicht ganz alltäglichen Namen: «Caritas Pro Vitae Gradu» - was am ehesten mit «Liebe für das Fortschreiten des Lebens» zu übersetzen ist. Er war 2011 nach neuseeländischem Recht gegründet worden, die 120 Millionen Franken darin stammen von einem mittlerweile verstorbenen Franzosen. Zum Zweck hat der Trust die Unterstützung katholischer Hilfswerke, namentlich derjenigen des Malteserordens und des Saint-John-Ordens.

2012 veranlasste die Verwalterin des Trusts, eine Niederländerin mit Wohn- und Arbeitsort Genf, denn auch die Auszahlung von drei Millionen Franken an verschiedene caritative Einrichtungen des Malteserordens; das Geld floss dabei über dessen Schweizer Ableger.

Anzeige des Grosskanzlers

Im April 2013 allerdings reichte der damalige sogenannte Grosskanzler des Malteserordens Straf-anzeige gegen die Trust-Verwalterin ein. Beim Grossmeister handelt es sich um Jean-Pierre

Mazery, einen emeritierten Professor aus Frankreich. Mazery warf der Verwalterin vor, das Geld nicht im Sinn des verstorbenen Geldgebers des Trusts ausbezahlt zu haben. Er selbst forderte offenbar, dass zumindest ein Teil der 120 Millionen Franken in einen Trust mit Sitz in Zypern verschoben werde. Das erzählt eine gut informierte Person.

Aufgrund der Strafanzeige hat die Genfer Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen die Genfer Vermögensverwalterin eröffnet und die 120 Millionen Franken des Trusts blockiert, die auf einer Bank in Genf liegen. «Das Verfahren ist noch immer im Gang», sagt der zuständige Staatsanwalt Jean-Bernard Schmid. Weitere Angaben zum Fall macht er nicht.

Nun ist die Sperrung von 120 Millionen Franken auf einer Schweizer Bank kein alltäglicher Vorgang. Noch weniger alltäglich sind aber dessen Hintergründe. Vieles deutet darauf hin, dass er Teil des Machtkampfes ist, der im Malteserorden seit mehreren Monaten schwelt. Da ist auf der einen Seite der mittlerweile zurückgetretene Grosskanzler Jean-Pierre Mazery sowie der ebenfalls zurückgetretene Grossmeister des Ordens, der Brite Matthew Festing. Beide gelten als äusserst konservativ. Auf der anderen Seite steht der heutige Grosskanzler des Malteserordens, der deutsche

Albrecht von Boeselager, der dem eher fortschrittlichen Papst Franziskus nahesteht. Unbestritten ist, dass der Machtkampf mit Haken und Ösen geführt wird.

Der Schwarzgeld-Vorwurf

So wurde über ausgewählte Medien der Vorwurf laut, bei den 120 Millionen Franken handle es sich um un versteuertes Schwarzgeld. Dafür gebe es verschiedene Hinweise, etwa den, dass das Geld vor 2011 in einer Liechtensteiner Stiftung angelegt gewesen sei. Oder den, dass die Genfer Trust-Verwalterin in den sogenannten «Panama Papers» erwähnt wird. Die «Panama Papers» waren im letzten April an die Öffentlichkeit gelangt; sie enthalten Informationen über Trusts zur Steueroptimierung, Steuerhinterziehung oder Geldwäscherei.

«Bei den 120 Millionen Franken handelt es sich weder um Schwarzgeld noch um gewaschenes Geld», sagt der Sprecher der Genfer Trust-Verwalterin. Überhaupt habe diese immer im Sinn des Trusts und dessen Geldgebers gehandelt und sich nie einer Straftat schuldig gemacht. Ähnlich tönt es bei Martin von Walterskirchen, dem Präsidenten des Schweizer Malteserordens, über den die ersten Gelder aus dem Trust geflossen waren: «Wie üblich haben wir seinerzeit eine Due-Diligence-Prüfung im Sinn

des Swiss-Foundation-Codes gemacht, um sicher zu sein, dass die Entgegennahme des Geldes unbedenklich ist», sagt von Walterskirchen. «Daher kann ich garantieren, dass es sich dabei sicher nicht um Schwarzgeld gehandelt hat.»

2014 trat Grosskanzler Jean-Pierre Mazery, der im vorliegenden Fall die Strafanzeige eingereicht hatte, von seinem Amt im Malteserorden zurück. Kurz darauf leitete sein Nachfolger Albrecht von Boeselager den Rückzug der Anzeige in die Wege. Formell geschah dies Ende 2015. Warum das Strafverfahren trotzdem weitergeführt wird, will Staatsanwalt Jean-Bernard Schmid nicht sagen.

Eine gut informierte Person erzählt dazu aber Folgendes: Der Staatsanwalt habe verlangt, dass die Begünstigten des Trusts - in erster Linie der Malteserorden und der Saint-John-Orden - mit dem Anzeigerstatte Einigungen über die Verwendung der Gelder erzielen müssten. Erst wenn diese vorlägen, werde er das Strafverfahren einstellen und die 120 Millionen Franken freigeben. Eine erste Einigung, diejenige zwischen Malteserorden und Anzeigerstatte, wurde Anfang März unterzeichnet und der Staatsanwaltschaft übergeben.

Gesellschaft

Jegges Projektleiter machte Karriere

Der Leiter von Jürg Jegges Kleingruppenschule wurde später oberster Zürcher Schulreformer. **René Donzé**

Am Samstag hat die NZZ enthüllt, dass sich die Übergriffe des einstigen Starpädagogen Jürg Jegge nicht auf seine Sonderklasse in Embrach beschränkten. Im Interview mit dem «Blick» hatte dieser noch gesagt, die sexuellen Kontakte seien nur mit Markus Zangger und seinen Klassenkameraden erfolgt - bis auf eine Ausnahme. Zangger, Autor des Buches

«Jürg Jegges dunkle Seite», wurde 1970 in der Sonderklasse eingeschult. Die NZZ schildert den Fall von Andreas Guggenberger, der 1978 von Jegge missbraucht worden sein soll; beim Lehrer zu Hause, während der Ferien und im Skilager. Später habe sich seine Aufmerksamkeit auf andere Schüler verlagert. Es muss also noch weitere Fälle gegeben haben.

Damals führte Jegge in Lufingen (ZH) eine Kleingruppenschule, die später in einen Schulversuch des Kantons integriert wurde. Damit rückt die Verantwortung des Kantons für das Treiben des Sonderpädagogen noch

stärker in den Fokus. Bemerkenswert ist, dass der damalige Projektleiter Joseph Hildbrand später zu einer zentralen Figur im Zürcher Bildungswesen avancierte: Er leitete verschiedene Schulreformen und wurde 2003 Chef der Abteilung Bildungsplanung unter Regierungsrätin Regine Aepli.

Hildbrand sagte bei seiner Pensionierung 2013 im «Schulblatt des Kantons Zürich», dass er seinen Einstieg in die Schulverwaltung Jegges Buch «Dummheit ist lernbar» zu verdanken habe. Hildbrand war Mitglied der Projektgruppe, die mit Jegge den Schulversuch vorbereitete. Der Regie-

rungsrat bewilligte diesen 1978 und bezahlte unter anderem den Projektleiter. Die Frage ist, ob damals Anzeichen für sexuelle Übergriffe bestanden und übersehen wurden. Und wie Hildbrand die offensichtliche Nähe Jegges zu seinen Schülern beurteilte. Hildbrands spätere Frau war als Lehrerin im Projekt involviert.

Hildbrand will mit Verweis auf das Amtsgeheimnis nicht über das Thema sprechen. Er könne nur gegenüber der Bildungsdirektion Auskunft geben, schreibt er. Diese wird den Fall intern aufarbeiten, wie Bildungsdirektorin Silvia Steiner ankündigte.

Wortkontrolle

► Kollege, der

Bezeichnung für eine Person, mit der man zusammen arbeitet (► Kumpel) und der man grundsätzlich nicht in den Rücken fällt (► Kollegialitätsprinzip), im Wissen darum, dass sich das rächen könnte (► Retourkutsche). Im Gegensatz zu Freunden, die sich persönlich nahesteht (► Schmusekurs), verbindet die Kollegen eine professionelle Beziehung (► Nutzen) oder eine strategische

Allianz (► Bundesrat) zwecks Durchsetzung eigener Interessen. Gute Kollegen leisten sich gegenseitigen Schutz (► Verteidigungsminister). Sie hüten sich, Unstimmigkeiten öffentlich auszutragen (► Grabenkampf), und schützen sich vor Angriffen (► Rückendeckung) - insbesondere, wenn diese Attacken von oben (► Parlament) kommen und ein umstrittenes Projekt betreffen (► Bodlöv).